

Sind wir auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft? Spekulationen und Fakten

I. Das Untersuchungsproblem

Die Lebensbedingungen der Menschen in allen Teilen der Welt befinden sich gegenwärtig in einer Phase tiefgreifender Veränderungen. Zwar zeigen sich, je nach dem erreichten technologischen, kulturellen, sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungsstand nationale und regionale Besonderheiten in der Art und im Ausmaß des sozialen Wandels, doch verändert sich die Gesellschaft heute rascher und umfassender als in früheren Entwicklungsphasen.

Auch in den demokratisch verfaßten westlichen Staaten haben sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wesentliche gesellschaftliche und politische Veränderungen vollzogen, wie z. B. die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung und der Massenkommunikationssysteme und die Ausweitung des Dienstleistungssektors auf Kosten der industriellen und gewerblichen Produktion und vor allem der Land- und Forstwirtschaft. Für die Sozialwissenschaft stellt sich die Frage, ob diese vielfältigen Veränderungen einem einheitlichen Entwicklungsprinzip folgen und ob sich somit, ähnlich wie im vergangenen Jahrhundert, als die industrielle Gesellschaft an die Stelle der Agrargesellschaft trat, der Übergang zu einer neuen Gesellschaftsformation vollzieht.

Mit der Zukunft der Industriegesellschaft setzen sich Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen auseinander. In den Vereinigten Staaten kam in der Mitte der sechziger Jahre die These auf, die amerikanische Gesellschaft befinde sich gegenwärtig in einer Periode des Überganges zur „postindustriellen“ Gesellschaft. Die im einzelnen untersuchten Veränderungen variierten ebenso wie die Methoden, deren man sich bediente. Selbst die Bezeichnungen für die sich neu entfaltende Gesellschaft weisen eine beträchtliche Vielfalt auf. In einer Arbeit aus dem Jahre 1976 stellte Leon Lindberg insgesamt dreißig Variationen des Begriffs „postindustriell“ zusammen. Damit zeigte sich die Komplexität der Sachverhalte, die unter dieser Sammelbezeichnung abgehandelt werden.¹

Dennoch lassen sich in den Analysen des Überganges von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft einige Grundelemente feststellen, deren Relevanz für die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik nachfolgend untersucht werden soll. In Anlehnung an Daniel Bell kann man drei wichtige Teilaspekte der Entstehung einer postindustriellen Gesellschaft voneinander unterscheiden, nämlich:

1. die Veränderung der Sozialstruktur (vor allem: Ökonomie und Technologie),
2. die Veränderung der Kultur, d. h. der Kenntnisse, Gefühle, Wertorientierungen und Symbole, die dem gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen Bedeutung geben und
3. den Wandel des politischen Systems.²

II. Das Konzept der postindustriellen Gesellschaft – seine theoretische Bedeutung und seine Entwicklung

1. Vorarbeiten zum Konzept der postindustriellen Gesellschaft

Die These vom unmittelbar bevorstehenden Ende der Industriegesellschaft ist so alt wie diese Gesellschaftsform selbst. Bereits zu einem Zeitpunkt, als die Ablösung der Agrargesellschaft durch die Industriegesellschaft noch keineswegs vollzogen war, stellte Karl Marx die Prognose auf, das kapitalistische Wirtschaftssystem und die auf seiner Grundlage errichtete gesellschaftlich-politische Ordnung würden binnen kurzem an den inneren Widersprüchen des Kapitalismus zerbrechen. Er wies ausdrücklich auf die Bedeutung der technologischen Entwicklung für diesen Prozeß hin und arbeitete damit ein für die Theorie der postindustriellen Gesellschaft wesentliches Strukturmerkmal heraus.³

Marxistische Autoren – von Lenin über Mandel bis hin zur Frankfurter Schule – standen in der Folgezeit vor dem Problem, den Widerspruch zwischen den Marxschen Erwartungen und der tatsächlich eingetretenen Entwicklung theoretisch zu verarbeiten. Ihr Interesse richtete sich vornehmlich auf zwei Problemfelder, die auch in der Theorie der postindustriellen Gesellschaft eine Rolle spielen sollten, nämlich auf die veränderte Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft (Horkheimer, Habermas, Marcuse) und auf den Übergang von der wettbewerbsgesteuerten Marktwirtschaft zum staatlich regulierten „Spätkapitalismus“ (Mandel, Baran/Sweezy).⁴ Konservative Sozialwissenschaftler, wie Freyer oder Schelsky, wiesen gleichfalls auf die enge Verflechtung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik hin und sagten das Entstehen einer „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ voraus.

2. Die Merkmale der postindustriellen Gesellschaft

Die Diskussion über das Entstehen der postindustriellen Gesellschaft konnte sich somit auf eine Reihe inhaltlich, theoretisch und methodisch heterogener Vorarbeiten stützen, die sich dennoch auf vergleichbare Probleme bezogen. Die Urheberschaft für den Begriff „postindustrielle Gesellschaft“ beansprucht Daniel Bell.

Man kann sich die Besonderheiten dieser neuen Gesellschaftsformation wohl am besten vergegenwärtigen, wenn man einige ihrer Strukturmerkmale denen der Agrar- und der Industriegesellschaft gegenüberstellt (vgl. Tab. 1).⁵ Nach Bell ist der Übergang von einer Phase der gesellschaftlichen Entwicklung zu einem neuen Stadium mit einem Wandel der „axialen Prinzipien“ verbunden. Mit diesem Begriff bezeichnet er den organisatorischen Rahmen bzw. das Bewegungsprinzip („energizing principle“) der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen⁶. Die vorindustrielle (agrarische) Gesellschaft war durch den Traditionalismus und durch die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen (Boden und Bodenschätze) geprägt. Mit dem Übergang zur Industriegesellschaft wurden das wirtschaftliche Wachstum und die Form der Kontrolle über die Investitionsentscheidungen wesentlich für den gesellschaftlichen Fortschritt. In der postindustriellen Gesellschaft übernimmt das theoretische Wissen diese Funktion. Es wird zum axialen Prinzip der gesellschaftlichen Organisation:

„The terms pre-industrial, industrial, and post-industrial societies are conceptual sequences along the axis of production and the kinds of knowledge that are used...⁷ The concept ‚post-industrial‘ is counterposed to that of ‚pre-industrial‘ and ‚industrial‘. A pre-industrial sector is primarily *extractive*, its economy is based on agriculture, mining, fishing, timber, and other resources such as natural gas or

Tabelle 1: Allgemeines Schema des sozialen Wandels

	Vorindustrielle Gesellschaft	Industrielle Gesellschaft	Postindustrielle Gesellschaft
Regionen	Asien Afrika Lateinamerika	Westeuropa Sowjetunion Japan	Vereinigte Staaten
Wirtschaftl. Sektor	Primär (Extraktive Industrien) Landwirtschaft Bergbau Fischerei Forstwirtschaft	Sekundär (Güterproduktion) Verarbeitung industrielle Produktion	Tertiär (Dienstleistungen) Verkehr Erholung Gesundheit Ausbildung Quartär Banken Versicherungen Quintär Forschung Verwaltung
Wichtigste Berufsgruppen	Bauer Bergmann Fischer	Angelernter Arbeiter Ingenieur	Technische und akademische Berufe Wissenschaftler
Grundlage d. Technologie	Rohstoffe	Energie	Information
Entwurfsprinzip	Spiel gegen die Natur	Spiel gegen die technisierte Natur	Spiel zwischen Personen
Methodologie	„Common sense“, Erfahrung	Empirismus Experiment	Abstrakte Theorie: Modelle, Simulation, Entscheidungstheorie, Systemanalyse
Zeitperspektive	Orientierung an der Vergangenheit; Ad-hoc-Reaktionen	Ad-hoc-Anpassung, Vorausberechnungen	Zukunftsorientierte Voraussage
Axiales Prinzip	Traditionalismus; Begrenzung von Boden und Ressourcen	Wirtschaftswachstum; staatl. oder priv. Kontrolle d. Investitionsentsch.	Zentralität und Kodifikation des theoretischen Wissens

Quelle: *Daniel Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt – New York 1975, Kap. I, Tab. 1-1.*

oil. An industrial sector is primarily *fabricating*, using energy and machine technology, for the manufacture of goods. A post-industrial sector is one of *processing* in which telecommunications and computer are strategic for the exchange of information and knowledge.“⁸

Kahn und Wiener wenden den Begriff „nachindustriell“ auf eine nicht mehr primär vom Massenkonsum bestimmte Gesellschaft an. Ihre Beschreibung enthält die meisten Merkmale, die wir auch in Bells Konzeption der postindustriellen Gesellschaft finden,⁹ doch unterscheidet sich ihr methodisches Vorgehen grundlegend von dem Bells. Während dieser versuchte, den Übergang zur postindustriellen Gesellschaft theoretisch zu begründen und mit empirischen Daten zu belegen, charakterisieren Kahn und Wiener ihre Methode folgendermaßen:

„Durch Extrapolationen von gegenwärtigen oder erst entstehenden Entwicklungsrichtungen schaffen wir einen ‚überraschungsfreien‘ Entwurf... , der weniger überraschend erscheint als jede andere Entwicklungsmöglichkeit. Dieser Entwurf liefert uns das Material zur Beschreibung einer ‚Standard-Welt‘ und ihrer ‚kanonischen Variationen‘.“¹⁰

Das Szenarium, das kausale Prozesse und Entscheidungsmomente der gesellschaftlichen Entwicklung erfassen soll, dient als das wichtigste methodische Hilfsmittel bei der Beschreibung der Welt im Jahre 2000. Die Verwendung des Begriffs „Prognose“ für die gewählte Vorgehensweise ist allerdings unangebracht. Obgleich Kahn und Wiener eine Reihe plausibler Einsichten über die gesellschaftliche Entwicklung formulieren, sind ihre Voraussagen nicht aus einer Theorie abgeleitet, sondern rein spekulativ. Es handelt sich um science-fiction im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Schlüsselfunktion des theoretischen Wissens für die Lösung sozialer, ökonomischer und politischer Probleme stellt eines der wichtigsten Merkmale der postindustriellen Gesellschaft dar. Common-sense-orientierte und experimentelle Vorgehensweisen reichen zur Bewältigung der zahlreichen neuartigen gesellschaftlichen Aufgaben nicht mehr aus. Mit der Modifikation theoretischen Wissens entstanden zugleich neue intellektuelle Technologien (z. B. Entscheidungstheorie, Kybernetik, Systemanalyse). Sie ermöglichen, eher als ältere Problemlösungstechniken, den Umgang mit dem Phänomen organisierter Komplexität. Die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung schuf die Voraussetzungen für die empirische Prüfung und praktische Verwendung der theoretischen Modelle. Damit erweiterte sich die menschliche Zeitperspektive in die Zukunft; denn bekanntlich sind Theorie, Technologie und Prognose nur unterschiedliche Anwendungsformen ein- und desselben Aussagensystems.

Die auf die „Produktion und Verteilung“ wissenschaftlicher Erkenntnisse spezialisierten Institutionen (Hochschulen, Forschungsinstitute etc.) und die in ihnen beschäftigten Personen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt. Sie werden, in Marxschen Begriffen, zur wichtigsten gesellschaftlichen Produktivkraft. Nicht allein hierin sehen Vertreter des Konzepts der postindustriellen Gesellschaft die These von der „Zentralität des theoretischen Wissens“ begründet. Die Etablierung einer wissenschaftlich-technischen Elite, die Leitbildfunktion des wissenschaftlichen Ethos für das gesamte gesellschaftliche Wertesystem und schließlich die Zuteilung sozialer Belohnungen nach dem Prinzip der Meritokratie (d. h. nach der individuellen Kompetenz und Leistungsfähigkeit) zeugen von der Ausstrahlungskraft der Wissenschaft auf andere Teilbereiche der Gesellschaft.¹¹

Das zweite Strukturmerkmal der postindustriellen Gesellschaft, die Herausbildung einer Dienstleistungsökonomie, ist von der beschriebenen Rolle der Wissenschaft nur schwer zu trennen. Bildung und Wissenschaft stellen wichtige Dienstleistungen dar. Bell rechnet sie dem „quintären“ Sektor der Gesellschaft zu.¹² Zum Dienstleistungsbereich gehören weiterhin die Banken, Versicherungen, Verkehrsbetriebe, die Öffentliche Verwaltung und die Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge.

Im Wirtschaftsleben der postindustriellen Gesellschaft hat der Dienstleistungssektor die dominierende Rolle übernommen. In ihm ist der größte Teil der Arbeitnehmer beschäftigt, und er leistet den größten Beitrag zum Bruttosozialprodukt.¹³ Für einige Autoren scheint der Wandel der Beschäftigungsstruktur der entscheidende Indikator des Überganges zur postindustriellen Gesellschaft zu sein. Ihrer Meinung nach ist das postindustrielle Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung dann erreicht, wenn die Mehrzahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig ist und wenn dieser mehr als die Hälfte zum Bruttosozialprodukt

eines Landes beiträgt.¹⁴ Eine solche Rechnung ist aber nicht ohne Probleme, da im industriell-gewerblichen Sektor ebenfalls Dienstleistungen anfallen.¹⁵

Genau betrachtet, reduzieren sich die zahlreichen, mit dem Begriff der postindustriellen Gesellschaft verbundenen Merkmale in Bells empirischen Analysen¹⁶ auf das Entstehen einer Dienstleistungsökonomie und auf den Bedeutungsgewinn von Bildung und Wissenschaft. Die politischen und kulturellen Folgen des sozialstrukturellen Wandels bleiben zwar nicht unbeachtet,¹⁷ doch sie werden ziemlich unsystematisch und spekulativ behandelt. Die folgenden Abschnitte enthalten den Versuch, am Beispiel der Bundesrepublik aufzuzeigen, wie sozialstrukturelle, kulturelle und politische Veränderungen bei der Fortentwicklung der Gesellschaft und des politischen Systems zusammenwirken.

III. Die Bundesrepublik Deutschland – eine postindustrielle Gesellschaft?

Nach vorherrschender Meinung ist der Übergang zur postindustriellen Gesellschaft in den angloamerikanischen Demokratien, in den Staaten Nordwesteuropas und in Japan am weitesten fortgeschritten. Bells Aussagen hatten sich, jedenfalls soweit sie empirisch fundiert waren, in erster Linie auf die USA bezogen. Anhand von Daten zur Berufs- und Beschäftigungsstruktur¹⁸, zu den Forschungs- und Bildungsausgaben, zur Entwicklung der Bildungs- und Forschungseinrichtungen usw.¹⁹ versuchte er, seine Thesen vom Entstehen einer Dienstleistungsökonomie und von der Zentralität theoretischen Wissens empirisch zu erhärten. Sein Vorgehen blieb nicht ohne Widerspruch, da die Entsprechung zwischen theoretischen Begriffen und empirischen Indikatoren nicht über jeden Zweifel erhaben war.²⁰ Mangels brauchbarer Alternativen finden in der folgenden Untersuchung des sozialstrukturellen Wandels in der Bundesrepublik ähnliche Indikatoren Verwendung, wie sie auch Bell zur Beschreibung der amerikanischen Gesellschaft benutzte.

1. Sozialstrukturelle Aspekte des Überganges zur postindustriellen Gesellschaft

Obgleich sich der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsökonomie wohl in Zahlen nicht exakt fassen läßt, zieht man in der Literatur den Schnitt häufig an dem Punkt, an dem der tertiäre Sektor die industrielle und gewerbliche Produktion als führenden Wirtschaftszweig abgelöst hat. Gemessen an den beiden erwähnten Indikatoren (Beschäftigtenanteil und Beitrag des tertiären Sektors zum Bruttosozialprodukt) kann man die Bundesrepublik spätestens am Ende der siebziger Jahre als Dienstleistungsökonomie einstufen. Allerdings ergibt sich bei einem Vergleich mit den führenden Ländern, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, ein deutlicher Entwicklungsrückstand.²¹

Über die weitere Entwicklung des Beschäftigungssystems und die hieraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen lassen sich kaum verlässliche Prognosen abgeben. Offenkundig ist jedoch die Herausbildung der Dienstleistungsökonomie mit beträchtlichen strukturellen Anpassungsproblemen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, verbunden. Fourastié betrachtet diese Strukturkrisen als typische Merkmale des zwischen den Jahren 1800 und 2000 stattfindenden Überganges von der primären zur tertiären Zivilisation. Gegenwärtig befinden wir uns seiner Meinung nach im letzten Stadium dieser Übergangsperiode. Ihr soll angeblich mit dem Beginn des zweiten Jahrtausends eine neue Phase gesellschaftlicher Stabilität folgen.²² Die tertiäre Zivilisation sei durch großen und dauernd zunehmenden

technischen Fortschritt, einen stabilen Anteil der drei Produktionssektoren am Wirtschaftsleben, stabile Preise, hohen Lebensstandard und geringe Einkommensunterschiede bei gleichzeitigen Wachstumspotentialen infolge tertiärer Unterversorgung (Mangel an Dienstleistungen) charakterisiert.²³

Obgleich Fourastiés Beschreibung der tertiären Zivilisation utopische Elemente enthält, basiert sie auf einer zutreffenden Annahme. Ein Zustand gesellschaftlicher und politischer Stabilität wird sich nur dann einstellen, wenn es in absehbarer Zeit gelingt, das Beschäftigungssystem dem technologischen und wirtschaftlichen Wandel anzupassen. Daß diese Anpassung harte politische Auseinandersetzungen nach sich ziehen wird, zeigte sich im Tarifkonflikt des Frühjahrs 1984. Zum Machtkampf zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen kommt möglicherweise schon bald ein neues Konfliktpotential hinzu – der Protest der aus dem sozio-ökonomischen System Ausgegrenzten.

Bereits aus dem Wandel des Beschäftigungssystems lassen sich Rückschlüsse auf den Entwicklungsstand von Bildung und Forschung, ein weiteres wichtiges Merkmal des Überganges zur postindustriellen Gesellschaft, ziehen. Ein großer Teil der im tertiären Sektor Beschäftigten benötigt zur Ausübung der Berufstätigkeit eine qualifizierte Schulausbildung, während im industriell-gewerblichen Bereich traditionell zahlreiche un- und angelernte Arbeitskräfte beschäftigt wurden. Mit dem Wandel der beruflichen Qualifikationsanforderungen entstanden neue Arbeitsplätze in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Weitere Impulse für den Ausbau des Bildungssystems und der Forschungsinstitutionen ergaben sich aus dem Bedeutungsgewinn des theoretisch-methodischen Wissens für das Wirtschaftswachstum und für die Erfüllung der Staatsaufgaben.

Nach den Angaben der Bildungsstatistik entwickelte sich die Bundesrepublik in den drei Nachkriegsjahrzehnten immer mehr zur Wissensgesellschaft:

- Während die Zahl der Bundesbürger ohne Volksschul- oder Hauptschulabschluß deutlich zurückging, absolvierte ein immer größerer Teil der Bevölkerung qualifizierte Bildungsgänge (vom Mittelschulabschluß aufwärts).
- Zwischen 1960 und 1980 kam es in der Bundesrepublik zu insgesamt 26 Hochschulneugründungen.
- Das Personal in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen wurde vermehrt.
- Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung erhöhten sich beachtlich.²⁴

Vor allem im internationalen Vergleich kann man diese sicherlich beeindruckenden Steigerungsraten nur mit erheblichen Vorbehalten als Indikatoren der Existenz einer „Wissensgesellschaft“ akzeptieren.²⁵ Die Entwicklung läßt sich mit Dahrendorf²⁶ wohl zutreffender als Aufbruch aus der pädagogischen Provinz beschreiben, der allerdings in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bereits wieder zum Stillstand kam.

Möglicherweise ist die Bundesrepublik durch den Ausbau des Bildungs- und Forschungswesens auf dem Weg zur Wissensgesellschaft ein Stück vorangekommen, den Vorsprung der am weitesten entwickelten postindustriellen Gesellschaften, insbesondere der USA, hat sie nach den vorliegenden Vergleichsdaten noch lange nicht aufgeholt.

2. Kulturelle Aspekte des Überganges zur postindustriellen Gesellschaft

Ogleich Bell den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als die treibende Kraft des Überganges von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft betrachtet, läßt er die kulturellen Aspekte dieses Vorganges nicht unberücksichtigt.²⁷ Mit dem Begriff „Kultur“ bezeichnet man in den Sozialwissenschaften das für ein bestimmtes Sozialsystem, z. B. eine Gesellschaft oder Gemeinde, typische System kognitiver, expressiver und evaluativer Symbole und die von den Mitgliedern des betreffenden Kollektivs erlernten Kenntnisse, Gefühle und Wertorientierungen. Die Kernelemente des Kultursystems einer Gesellschaft sind die individuellen bzw. kollektivtypischen Wertorientierungen. In Anlehnung an eine Definition von Parsons versteht man unter „Werten“ Konzeptionen eines wünschenswerten Gesellschaftstypus, die von den Mitgliedern eines bestimmten Kollektivs als gemeinsame Grundlage des sozialen Handelns akzeptiert werden.²⁸

In den ersten Arbeiten über die entstehende postindustrielle Kultur herrschte die These vom „Ende der Ideologie“ vor. Man vertrat die Auffassung, mit der Ausbreitung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation biete sich die Möglichkeit, politische Streitfragen ausschließlich nach Sachgesichtspunkten zu entscheiden. Da in der sich entfaltenden Überflußgesellschaft sozio-ökonomische Verteilungsprobleme kaum noch aufträten, entfalle auch die Notwendigkeit, politische Handlungen und Entscheidungen durch Ideologien zu legitimieren. Diese Konzeption war allerdings nur von kurzer Lebensdauer. Bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutete sich in den Studentenrevolten und in den Rassenunruhen die Herausbildung neuer – postindustrieller – politischer Konfliktstrukturen an.²⁹

Auch Bell sah in der Studentenbewegung die Speerspitze eines tiefgreifenden kulturellen Wandels, der die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der postindustriellen Gesellschaft entscheidend präge. In Übereinstimmung mit zahlreichen Beobachtern der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in den westlichen Demokratien beschrieb er den Übergang zu einem postindustriellen Wertesystem als einen konflikthaften, in sich widersprüchlichen Prozeß, dessen Ergebnis noch nicht absehbar sei.³⁰

Für Bell reflektieren diese Veränderungen im Wertesystem ein Auseinanderdriften der Entwicklung von Kultur, Sozialstruktur und Politik: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung konnte sich seiner Meinung nach auf der Grundlage eines vom Bürgertum getragenen liberal-rationalistischen Wertesystems entfalten.³¹ Das der postindustriellen Gesellschaft funktional entsprechende Wertesystem setze sich demgegenüber nur in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen durch, mobilisiere aber auf der anderen Seite starke Gegenkräfte: Die Prinzipien der funktionalen Effizienz und der „Meritokratie“ seien im ökonomisch-technologischen Bereich weithin unbestritten. Die für die postindustrielle „Gesellschaft des Wissens“ typischen wissenschaftlichen Leitwerte des Universalismus, der Gemeinschaftsorientierung und des organisierten Skeptizismus griffen aus dem Bereich der Wissenschaft auf andere Sozialbereiche über. Gleichzeitig aber führe die Ausbreitung dieser Prinzipien zu einer „populistischen Reaktion“. Für die sich herausbildende ökonomiefeindliche, modernistische und hedonistische Gegenkultur sei die umfassende Selbst- und Mitbestimmung aller gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Minderheiten, die wichtigste Devise. Das liberale Prinzip der Chancengleichheit werde von den intellektuellen Wortführern des Populismus durch die Forderung nach gleichen Belohnungen für alle ersetzt. Im Kultursystem setze sich ein neues axiales Prinzip durch, das sich mit den in der Ökonomie und der Politik geltenden Leitwerten nicht ohne weiteres in Einklang bringen lasse:

„The axial principle of the culture is the desire for the fulfillment and enhancement of the self.“³²

Anders als bei der Untersuchung der sozialstrukturellen Veränderungen liefert Bell keine empirischen Belege für die von ihm beschriebenen kulturellen Aspekte des Überganges zur postindustriellen Gesellschaft. In der Werteforschung gibt es nur fragmentarisches Material über die Merkmale des neuen, postindustriellen Wertesystems, das zudem methodische und theoretische Angriffsflächen bietet.

Die originellste und wissenschaftlich einflußreichste Analyse der entstehenden postindustriellen Kultur lieferte der amerikanische Politikwissenschaftler Ronald Inglehart. Seiner Meinung nach findet derzeit in den westlichen Demokratien eine „Stille Revolution“ statt. In deren Verlauf verdrängten „nachmaterialistische“ Wertvorstellungen die gegenwärtig vorherrschenden „materialistischen“ Prioritäten. Diese sind durch das Streben nach materiellem Wohlstand, physischer und sozialer Sicherheit charakterisiert. In der nachmaterialistischen Kultur dagegen komme dem Bedürfnis nach Zusammengehörigkeit, nach ästhetischer und intellektueller Befriedigung der Vorrang zu:

„The values of Western publics have been shifting from an overwhelming emphasis on material well-being and physical security toward greater emphasis on the quality of life . . . Economic and physical security continue to be valued positively, but their relative priority is lower than in the past.“³³

Eine Beschreibung der Kräfte, die zur Ausbildung individueller und kollektiver Wertorientierungen führen, gewinnt Inglehart aus zwei Hypothesen: Nach den in der *Mangelhypothese* enthaltenen Annahmen ist es für ein Individuum nicht möglich, alle Ziele gleichzeitig zu verwirklichen. Als besonders vordringlich gelten insofern diejenigen Wünsche, deren Verwirklichung problematisch erscheint. Demgegenüber verlieren die weitgehend befriedigten Bedürfnisse auf der Prioritätenskala an Bedeutung. Derartige Mechanismen liegen nach Inglehart auch der Änderung von Wertorientierungen zugrunde. Mit den Lebensbedingungen der Bevölkerung verändert sich auf lange Sicht auch das Wertesystem der betreffenden Gesellschaft.

In der *Sozialisationshypothese* legt Inglehart weitere Annahmen über die Entstehung und die Eigenschaften von Wertorientierungen vor. Diese passen sich nämlich nicht unmittelbar den in einer Gesellschaft bestehenden Verhältnissen an. Vielmehr erwirbt ein Individuum seine grundlegenden sozialen Wertorientierungen zwischen dem zehnten und dem fünfzehnten Lebensjahr (formative Phase). Diese „Konzeptionen einer wünschenswerten Gesellschaft“ bleiben dann im Erwachsenenalter relativ stabil. Sie verändern sich nur unter besonders einschneidenden Umständen, wie Kriegen, Krankheiten, Revolutionen etc.

Aus der Verknüpfung beider Hypothesen leitet Inglehart seine Aussagen über die Bedingungen des Wertwandels in den westlichen Demokratien ab. Nach ihren Lebenserfahrungen in der formativen Phase teilt er die Bevölkerung in zwei Generationseinheiten, d. h. Gruppen mit einem mehr oder weniger einheitlichen Erfahrungshorizont, ein. Die Lebensbedingungen der *Vorkriegsgeneration* waren durch wirtschaftliche Notlagen, innenpolitische Instabilität und äußere Bedrohung charakterisiert. Aufgrund der Wahrnehmung dieser existentiellen Gefährdungen kommt im Wertesystem der betreffenden Personengruppe Sicherheits- und Erhaltungsbedürfnissen wie dem Wunsch nach Ruhe und Ordnung, stabilen Preisen, wirtschaftlichem Wachstum und Wohlergehen, ein hoher Rang zu.

Demgegenüber herrschten in der formativen Phase der *Nachkriegsgeneration* gänzlich andere Rahmenbedingungen vor. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gab es – zumindest in Westeuropa – keine Kriege, Wirtschaftskrisen oder innenpolitische Unruhen. Insbesondere

die Jahre zwischen 1950 und 1970 waren durch Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand geprägt. Da die Sicherheits- und Erhaltungsziele in dieser Periode weitgehend verwirklicht schienen, verloren sie für die Nachkriegsgeneration an Bedeutung. Die der postindustriellen Gesellschaft zugeschriebenen Errungenschaften, vor allem der Massenwohlstand, die Öffnung des Bildungswesens für einen großen Teil der Bevölkerung, die Entwicklung einer Dienstleistungsökonomie und der Ausbau des Systems der sozialen Sicherung schufen die Voraussetzungen für die Ausbildung eines postmaterialistischen Wertesystems, in dem das Streben nach individueller Selbstverwirklichung, politischer Mitbestimmung und einer Verbesserung der immateriellen Lebensqualität dominieren.³⁴

Inglehart stützt seine Konzeption der „Stillen Revolution“ auf eine breite Datenbasis. Als Postmaterialisten definierte er in seinen empirischen Erhebungen Personen, die dem Zielbündel „Verstärktes Mitspracherecht der Menschen bei wichtigen Regierungsentscheidungen“ und „Schutz der freien Meinungsäußerung“ den Vorrang vor den Zielen „Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation“ und „Kampf gegen steigende Preise“ gaben. Befragte mit der umgekehrten Präferenzordnung wurden als „Materialisten“ eingestuft. Daneben war eine Kombination materialistischer und postmaterialistischer Ziele möglich.³⁵

Die Verteilung materialistischer, gemischter und postmaterialistischer Prioritäten im Zeit-

Tabelle 2: Entwicklung politischer Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1970 – 1983, (Angaben in Prozentpunkten).*

	Materialisten	Mischgruppe	Postmaterialisten	N
1970	46	44	11	2014
1971	44	46	10	K. A.
1973	42	50	8	K. A.
1974**	52	39	9	2308
1976	41	47	11	1007
5/1977	44	46	9	1005
11/1977	41	52	7	999
6/1978	37	52	11	996
11/1978	29	66	5	1006
4/1979	28	67	5	1003
10/1979	37	52	12	1005
4/1980	40	49	10	1008
9/1980***	43	47	10	1518
11/1980	46	45	9	1008
4/1981	46	45	9	1004
10/1981	42	51	7	962
5/1982	34	50	17	1161
10/1982	34	52	15	1012
2/1983***	45	44	11	1622

Quelle: Alle Angaben basieren auf eigenen Auswertungen vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln zur Verfügung gestellter Daten. Lediglich die Angaben für die Jahre 1971 und 1973 sind der Arbeit von R. Inglehart: *Values*, a. a. O., S. 331, Tab. 11 – 12 entnommen.

* fehlende Werte sind nicht berücksichtigt.

** Befragte sind 16 Jahre und älter.

*** Befragte sind 18 Jahre und älter (alle übrigen Erhebungen: 15 Jahre und älter).

raum 1970 bis 1983 bestätigt Ingleharts Theorie allerdings nicht. Mit jeweils 11 Prozent blieb der Anteil der Postmaterialisten in der Bundesrepublik konstant. Auch bei den übrigen Gruppen traten keine Veränderungen auf (Materialisten: 46 bzw. 45 Prozent – bei einem leichten Rundungsfehler; Mischgruppe: jeweils 44 Prozent 1970 und 1983, vgl. Tab. 2). Die Entwicklung zwischen dem Anfangs- und Endpunkt der Erhebungsserie verläuft ausgesprochen diskontinuierlich und steht in einem erkennbaren Zusammenhang mit der innen- und wirtschaftspolitischen Entwicklung. Der Anteil der Materialisten wie auch der Postmaterialisten wies eine beträchtliche Schwankungsbreite auf. Wenn sich z. B. der Anteil der Personen mit postmaterialistischen Prioritäten innerhalb von drei Jahren fast vervierfacht, kann von stabilen Wertorientierungen wohl kaum die Rede sein. Ebenso wenig läßt sich für die Bundesrepublik eine stetige Ausbreitung postmaterialistischer Zielvorstellungen nachweisen.

Ingleharts Behauptung

„Trotz der ungünstigen ökonomischen Situation nahm der Anteil der Postmaterialisten im Vergleich zu den Materialisten in der westdeutschen Bevölkerung langsam zu. 1970 waren noch 43 Prozent der westdeutschen Bevölkerung reine Materialisten und nur 10 Prozent reine Postmaterialisten; 1982 waren die entsprechenden Zahlen dagegen bereits 34 Prozent und 12 Prozent“³⁶

widerspricht dem für die Bundesrepublik vorliegenden Datenmaterial.

Ein Wandel von Wertorientierungen vollzieht sich nur langsam. Insofern ist es problematisch, auf der Grundlage einer Untersuchungsperiode von dreizehn Jahren Aussagen über die Gültigkeit von Ingleharts Theorie der Stillen Revolution zu machen. Das verfügbare Datenmaterial spricht aber eher gegen die These von der Ablösung materialistischer durch postmaterialistische Prioritäten als für eine solche Annahme. Andererseits unterscheiden sich die Trägergruppen der industriellen und der postindustriellen Gesellschaft, in Übereinstimmung mit Ingleharts Konzeption, in ihren politischen Orientierungsmustern: Mit zunehmendem Bildungsniveau steigt die Präferenz für postmaterialistische Ziele, und in neueren Umfragen zeigt sich ebenfalls eine Beziehung zwischen der beruflichen Tätigkeit und den politischen Prioritäten: In Dienstleistungsberufen (Angestellte und Beamte) sind postmaterialistische Zielvorstellungen überdurchschnittlich verbreitet; Arbeiter dagegen neigen stärker den Sicherheits- und Erhaltungszielen zu.^{36a}

Die „Theorie der Stillen Revolution“ enthält zwar einige richtige Grundgedanken, die auch durch Arbeiten anderer Autoren bestätigt wurden,³⁷ doch bietet sie zahlreiche theoretische und methodische Angriffspunkte. Ihr Scheitern ist in erster Linie auf den Umstand zurückzuführen, daß eine angemessene empirische Umsetzung des im Prinzip brauchbaren theoretischen Konzepts noch aussteht. Ingleharts Gleichsetzung von bürgerlichen und materialistischen, nachbürgerlichen und nachmaterialistischen Werten ist für jeden, der die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und des sie tragenden Wertesystems auch nur oberflächlich kennt, nicht nachzuvollziehen. Das als „nachbürgerlich“ eingestufte Ziel „Schutz der freien Meinungsäußerung“ gehört zum Kernbestand der bürgerlichen Demokratie. Es besitzt zudem, wie die Ergebnisse etlicher Meinungsumfragen zeigen, für die Bundesbürger keineswegs den Status eines knappen Gutes: So stimmten beispielsweise im Jahre 1983 85 Prozent der befragten Bundesbürger der Aussage zu, das politische System der Bundesrepublik schütze die grundlegenden Freiheiten der Bürger, nur 10 Prozent widersprachen ihr. Selbst bei den jungen Befragten traten keine wesentlichen Abweichungen von diesem Antwortmuster auf.³⁸

Es gibt bestenfalls bruchstückhafte Belege für die Existenz eines postindustriellen Wertesystems. In seinen deutlichsten Manifestationen, den Vorstellungen und Verhaltensweisen der Anhänger der Alternativbewegung, entspricht es aber gerade nicht den von Bell beschriebenen Funktionserfordernissen der postindustriellen Gesellschaft. In der Vorstellungswelt der alternativen Gegenkultur verbinden sich angeblich nachbürgerliche Selbstverwirklichungs- und Mitbestimmungsansprüche mit vorbürgerlich-traditionellen Orientierungen, wie der Rückkehr zum „natürlichen Leben“, der Identifikation mit dem örtlichen und regionalen Lebensraum, der Ablehnung rascher, umfassender Veränderungen, der Betonung zugewiesener (natürlicher) auf Kosten erworbener Merkmale.³⁹ Diese Orientierungsmuster sind gegenwärtig bei einer in ihrer Größe nicht exakt bestimmbaren Minderheit anzutreffen. Bei dem größeren Teil der Bevölkerung scheinen, allen Zerfallsprognosen zum Trotz, die bürgerlich-industriegesellschaftlichen Wertorientierungen noch Rückhalt zu finden. Viele der in der Literatur zum Thema Wertewandel in der Bundesrepublik beschriebenen Veränderungen haben nicht in erster Linie mit dem Übergang zu einer postindustriellen Kultur zu tun, sondern sie stehen im Zusammenhang mit der Übernahme demokratischer Einstellungen und Wertmuster in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.⁴⁰ Eine Ablösung des bürgerlich-industriegesellschaftlichen Wertesystems durch eine nachindustrielle Kultur erscheint in absehbarer Zeit unwahrscheinlich, ebenso wenig verschwand ja mit dem Entstehen der Industriegesellschaft das für die vorindustrielle, agrarische Gesellschaft typische Wertesystem vollständig.⁴¹ Vieles spricht für den Fortbestand, wenn nicht gar für eine Weiterentwicklung des für die westlichen Demokratien typischen Wertepluralismus.

3. Politische Strukturen und politisches Verhalten in der postindustriellen Gesellschaft

Veränderungen der Sozialstruktur und des Kultursystems stellen das politische System der postindustriellen Gesellschaft vor teils neuartige, teils konventionelle „Management-Probleme“ (Bell). Diese machten gewisse Veränderungen der politischen Strukturen und Prozesse erforderlich. So übernahm das politische System eine Vielzahl zuvor von privaten Trägern wahrgenommener Aufgaben. Vor allem dehnte es seine wirtschaftlichen Aktivitäten aus und entwickelte neue Instrumente zum Eingriff in wirtschaftliche Abläufe. Die Ausweitung und qualitative Veränderung der Staatstätigkeit beeinflusste die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in den westlichen Demokratien. Die zunehmende Bedeutung, die man dem Staat für die eigene Lebensgestaltung zuschrieb, löste die Forderung nach Einflußnahme auf die betreffenden politischen Entscheidungen aus. Von allen Merkmalen des politischen Systems postindustrieller Gesellschaften⁴² scheinen mir die Neudefinition der Rolle des Staates und die Ausweitung der politischen Beteiligungsansprüche der Bevölkerung die wichtigsten.

a) Der Aufgaben- und Strukturwandel des politischen Systems in der postindustriellen Gesellschaft

Die These von der Ablösung des Nachwächterstaates durch den Planungs- und Leistungsstaat der hochentwickelten Industriegesellschaft⁴³ gehört zu den offenkundig zählebigsten politischen Mythen. Dahrendorf wies demgegenüber überzeugend nach, daß zumindest in Deutschland der Staat von Anfang an eine aktive Rolle im Industrialisierungsprozeß spielte und sich keineswegs damit zufriedengab, die rechtlichen Rahmenbedingungen für das freie Spiel wirtschaftlicher Kräfte zu setzen.⁴⁴

Daniel Bell handelt die Beziehungen zwischen dem Staat und der Wirtschaft unter der Überschrift „Die Unterordnung der Kapitalgesellschaft“ ab.⁴⁵ Damit variiert er die von Galbraith aufgestellte These einer weitgehenden Interessenidentität von Staat und Privatwirtschaft. In den Mischwirtschaften westlicher Prägung sei die Trennlinie zwischen dem Staat und der privaten Wirtschaft weitgehend verschwunden. Es finde eine enge Kooperation zwischen der staatlichen Bürokratie und der Technostruktur statt. Der Staat sei zu einer bedeutsamen wirtschaftlichen Größe geworden. Durch Einkommensumverteilung, durch die Regulierung der Gesamtnachfrage, die Bereitstellung wirtschaftsnaher Infrastruktur (Bildungs- und Verkehrseinrichtungen) und durch die Nachfrage nach privatwirtschaftlich produzierten Gütern bzw. die Vergabe von Aufträgen an Wirtschaftsunternehmen steuere er in zunehmendem Maße wirtschaftliche Abläufe.⁴⁶ Für Galbraith ergibt sich diese neue Konstellation im Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in erster Linie aus der technologischen Entwicklung, einem wesentlichen Merkmal des Übergangs von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft.

Es ist nicht besonders schwierig, aufzuzeigen, wie nachhaltig sich die wirtschaftliche Rolle des Staates in der Bundesrepublik verändert hat. Die Neuformulierung der wirtschaftspolitischen Doktrin durch die Große Koalition (1966–1969) im Zeichen des Keynesianismus schlug sich in einer Reihe wirtschaftlicher und politischer Veränderungen nieder, die am sichtbarsten im Stabilitätsgesetz aus dem Jahre 1966 ihren Ausdruck fanden: Der Staat übernahm die Verantwortung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht (Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Ausgleich des Außenbeitrages). Die Verbesserung der fiskal- und geldpolitischen Instrumente sollte eine wirksame antizyklische Konjunkturpolitik ermöglichen. Die Einnahmen- und Ausgabenpolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinde sollten besser aufeinander abgestimmt und auf das Ziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgerichtet werden. Die mittelfristige Finanzplanung, eine Vielzahl strukturpolitischer Vorhaben, der Versuch einer Kooperation zwischen dem Staat und den Tarifpartnern und die verstärkte Einbeziehung des wissenschaftlichen Sachverständigen in die Konzipierung der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik verdeutlichen das veränderte wirtschaftspolitische Selbstverständnis des Staates. Obgleich man heute den wirtschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten der Politik mit größerer Skepsis begegnet als in der Zeit der Großen Koalition und in den Anfangsjahren der sozialliberalen Koalition, wurden die meisten neugeschaffenen Instrumente der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik beibehalten.

Die neue Rolle des Staates in der Wirtschaft läßt sich durch Zahlen dokumentieren: Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte je Einwohner haben sich im Zeitraum zwischen 1951 (742 DM) und 1980 (8057 DM) mehr als verzehnfacht. Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt sank seit der Mitte der 60er Jahre nicht mehr unter die 30-Prozent-Grenze und fällt – im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien – relativ hoch aus. Schließlich nahm der Personalbestand im öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit kontinuierlich zu.⁴⁷

b) Veränderungen im politischen Verhalten der Bürger

Die zunehmende Bedeutung des Staates für das Leben der Bürger, das sich an den o. g. Indikatoren der Staatstätigkeit ablesen läßt, ist der Bevölkerung durchaus bewußt: Zwischen 1953 und 1974 erhöhte sich der Anteil der Bundesbürger, die der Politik eine große Bedeutung für das eigene Leben zuschrieben, von 64 auf 77 Prozent.⁴⁸ Weitere Daten

belegen die zunehmende Bedeutung der Politik im Bewußtsein der Bevölkerung, z. B. die stetige Zunahme des politischen Interesses.⁴⁹

Große Aufmerksamkeit fand in der Politikwissenschaft die Zunahme und qualitative Veränderung der Teilnahmebereitschaft der Bundesbürger an der Politik. Während sich in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten die politische Mitwirkung für den größten Teil der Bevölkerung auf den Gang zur Wahlurne beschränkte und auch die im „vorpolitischen“ Raum agierenden Vereine einen im internationalen Vergleich nur schwach entwickelten Zulauf aufwiesen⁵⁰, stieg seit der Mitte der 60er Jahre die Bereitschaft zur aktiven politischen Beteiligung beträchtlich an. Dies zeigt sich z. B. an der Mitgliederentwicklung bei den politischen Parteien und den Gewerkschaften.⁵¹

Noch größere Bedeutung jedoch mißt man in der Literatur den qualitativen Veränderungen der politischen Teilnahmebereitschaft bei, insbesondere dem zunehmenden Engagement in Bürgerinitiativen, die zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch unkonventionelle politische Verhaltensweisen praktizieren. Kaase bezeichnete diese Ausweitung des Aktionsrepertoires als eine „partizipatorische Revolution“ und charakterisierte damit die Tendenz,

„daß die entwickelten Industriegesellschaften des Westens sich zunehmend einer umfassenden Forderung der Bürger nach Ausweitung ihrer sozialen und politischen Beteiligungsrechte gegenübersehen.“⁵²

Die Angaben über das Ausmaß des Engagements außerhalb des traditionellen Feldes von Wahlen, Parteien, Vereinen und Verbänden gehen weit auseinander, und auch die Ansätze zur Erklärung des veränderten Partizipationsverhaltens divergieren. Wohl am Zuverlässigsten sind die Daten aus einigen Repräsentativerhebungen, die die aktive Anhängerschaft der „Bürgerinitiativbewegung“ ziemlich übereinstimmend auf etwa 3 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung beziffern.⁵³ Bedauerlicherweise ist aktuelles Datenmaterial für einen Vergleich des Partizipationsverhaltens in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Demokratien nicht veröffentlicht. Nach den Ergebnissen der Barnes/Kaase-Gruppe aus den Jahren 1974–1976 liegt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich

„im Beteiligungsmittelfeld, erstaunlicherweise aber vor einer so traditionsreichen Demokratie wie England“.⁵⁴

Dies gilt für konventionelle – wahl- und parteibezogene – wie für unkonventionelle Protest-Aktivitäten.⁵⁵

Bell charakterisiert das politische System der postindustriellen Gesellschaft als partizipatorische Demokratie.⁵⁶ Dabei kommt unkonventionellen und direkten Aktionen eine besondere Bedeutung zu. Diese Annahmen werden mittelbar durch das vorliegende Datenmaterial bestätigt. Die Unterschiede in der Teilnahmebereitschaft gehen in erster Linie auf soziodemographische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildungsniveau⁵⁷ sowie auf die Präferenz für postmaterialistische Wertorientierungen zurück. Postmaterialisten weisen, auch bei einer Kontrolle von Alter, Bildung und Einkommen, eine überdurchschnittliche Bereitschaft zur Teilnahme an unkonventionellen politischen Aktionen auf. Dies ist aber keineswegs mit einem Rückzug aus der konventionellen Politik verbunden; denn auch in diesem Bereich sind die Postmaterialisten in der Bundesrepublik stärker engagiert als die Materialisten und die Personen mit „gemischten“ Präferenzen.⁵⁸

Die Partizipationsstruktur der fortgeschrittenen Industriegesellschaften schließt traditionelle Aktivitäten wie die Mitarbeit in Parteien, Vereinen und Verbänden, aber auch unkonventionelles politisches Verhalten, nämlich Protestaktionen verschiedenartiger Aus-

prägung, ein. Die verfügbaren Formen politischer Einflußnahme werden von einem zunehmenden Teil der Bevölkerung genutzt, u. a. deshalb, weil sich die Merkmale, die eine aktive politische Teilnahme fördern, mit der Weiterentwicklung der westlichen Industriegesellschaften bei einem immer größeren Teil der Bevölkerung finden. Insbesondere der Ausbau und die Öffnung des Bildungssystems und die Entwicklung der Massenmedien sprechen nach Kaase und Barnes dagegen, die „partizipatorische Revolution“ nur als ein Übergangsphänomen anzusehen.

IV. Die postindustrielle Gesellschaft – Fakten und Spekulationen

Die Theorien der postindustriellen Gesellschaft beziehen sich auf eine Vielfalt unterschiedlicher sozialer, politischer und kultureller Phänomene. Am Beispiel dreier in Bells Konzeption der postindustriellen Gesellschaft zentraler Probleme konnte gezeigt werden, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik heute wesentlich anders aussieht als vor dreißig Jahren. Verlängert man die Untersuchungsperspektive weiter in die Vergangenheit, dann werden noch stärkere Veränderungen erkennbar – soweit die Fakten.

Die Spekulation beginnt, sobald man diese Veränderungen auf ein einheitliches Entwicklungsprinzip wie den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen oder den Wandel sozialer Wertorientierungen zurückführt und vor allem: solche Entwicklungsgesetze in die Zukunft extrapoliert. Es gibt zahllose Beispiele für die Nutzlosigkeit von Trendfortschreibungen, die nicht auf empirisch bewährten makrosoziologischen Theorien beruhen.

Da soziale Veränderungen meist aus einem Zusammenspiel zahlreicher verschiedenartiger Faktoren resultieren und man sich bekanntlich auf eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft nicht verlassen kann, ist es vergleichsweise unergiebig, darüber zu spekulieren, wie die Welt im Jahre 2000 aussehen wird. Auch der Streit über das „richtige Etikett“ für diese Gesellschaft („postindustriell“, „postmaterialistisch“, „partizipatorisch“ o. ä.) scheint mir nicht sonderlich fruchtbar. Jede dieser Bezeichnungen ist unter einem speziellen Blickwinkel gerechtfertigt: Sie sind aber allesamt zugleich irreführend, weil sie Einzelphänomene in den Vordergrund stellen und damit die Deutung nahelegen, dies seien die wesentlichen oder strukturbestimmenden Aspekte des sozialen Wandels. Dabei gerät leicht aus dem Blick, daß auch in der „postindustriellen“ Dienstleistungsökonomie der industriell-gewerbliche Sektor einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum leistet, daß der Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus mit einer sozialen Deklassierung derjenigen Bevölkerungsgruppen verbunden ist, die nicht an diesem Vorgang teilhaben, daß die Zunahme der Partizipation unter Umständen die Kluft zwischen den „Haves“ und den „Have-Nots“ vertieft usw. Gegenwärtig bestehen in der Bundesrepublik wie in anderen westlichen Gesellschaften „vorindustrielle“, „industrielle“ und „nachindustrielle“ Strukturen und auf diesen aufbauende Konfliktlinien nebeneinander. Es ist beim gegebenen Stand der makrosoziologischen Theoriebildung nicht besonders fruchtbar, über das mögliche Ergebnis der gesellschaftlichen Veränderungen zu spekulieren. Nicht zu Unrecht ist die Futurologie à la Kahn und Wiener außer Mode gekommen. Die Sozialwissenschaften sind besser damit beraten, die empirisch greifbaren Folgen des sozialen Wandels aufzuarbeiten. Es gehört gar nicht einmal soviel Phantasie dazu, solche Forschungsfelder aufzuspüren.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu *L. Lindberg* (Hrsg.): *Politics and the Future of Industrial Society*. New York: David Mac Kay 1976, S. 17; einen knappen Überblick über die verschiedenen Fragestellungen der einschlägigen Arbeiten findet man bei *D. Bell: The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York: Basic Books 1973, S. 38 ff.
- 2 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. 12; eine Dokumentation der wichtigsten Arbeiten zum Thema „postindustrielle Gesellschaft“ findet sich bei *L. Kern* (Hrsg.): *Probleme der postindustriellen Gesellschaft*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1976, S. 355 ff.
- 3 Vgl. die knappe Zusammenfassung bei *D. Bell*, a.a.O., S. 54–63.
- 4 *C. Offe: „Spätkapitalismus – Versuch einer Begriffsbestimmung“*. In: *ders.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1972, S. 7–25, S. 21; dort auch eine übersichtliche Zusammenfassung der Merkmale des Spätkapitalismus.
- 5 *J. Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*. Köln-Deutz: Bund-Verlag 1954, S. 119 ff., S. 268 ff. unterscheidet, ähnlich wie *Bell*, zwischen einer primären, einer sekundären und einer tertiären Zivilisation. *H. Kahn, A. J. Wiener: Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahr 2000*. Wien, München, Zürich: Molden 1967, S. 75. Tab. XXII ordnen die Staaten der Erde in sechs wirtschaftliche Gruppierungen ein: (1) die vorindustriellen und teilweise industrialisierten kleinen Staaten, (2) die großen und teilweise industrialisierten Staaten, (3) die vollindustrialisierten Staaten, (4) die Massenkongsumgesellschaften, (5) die früh-nachindustriellen und (6) die deutlich nachindustriellen Gesellschaften. Letztere werden im Jahr 2000 in den USA, Japan, Canada, Skandinavien, der Schweiz, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland bestehen.
- 6 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. XXV, S. 10, S. 113.
- 7 Vgl. ebda., S. 11.
- 8 Vgl. ebda., S. XII, Hervorhebungen im Original.
- 9 Vgl. *H. Kahn, A. J. Wiener*, a.a.O., S. 53 ff. sowie S. 40, Tab. IX.
- 10 Vgl. ebda., S. 21.
- 11 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. XVI f., S. 15 ff., bes. S. 18 ff.; vgl. auch *H. Kahn, A. J. Wiener*, a.a.O., S. 57 ff., S. 64 ff., S. 79 ff.
- 12 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. 117.
- 13 Vgl. ebda., S. XVI, vgl. auch *H. Kahn, A. J. Wiener*, a.a.O., S. 78 f.
- 14 Vgl. *G. Braun: Politische Ökonomie für den Sozialkundeunterricht*. Hamburg: Hoffmann & Campe 1976, S. 39 ff.
- 15 Vgl. *L. Kern: „Einleitung“*. In: *ders.* (Hrsg.), a.a.O., S. 9–76, S. 26 ff.
- 16 Vgl. dazu *D. Bell*, a.a.O., S. 123 ff., S. 167 ff.; kritisch dazu: *L. Kern*, a.a.O., S. 20.
- 17 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. 299 ff., S. 339 ff., S. 408 ff., S. 475 ff.
- 18 Vgl. ebda., S. 130 ff.
- 19 Vgl. ebda., S. 212 ff.
- 20 Vgl. z. B. die Kritik von *L. Kern*, a.a.O., S. 25 ff., S. 36 ff.
- 21 Vgl. zur Entwicklung: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): *Gesellschaftliche Daten 1982*; Bonn: Presse- und Informationsamt 1982, S. 108 ff.; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell 1983, S. 85 ff.; zum internationalen Vergleich: *C. L. Taylor, D. A. Jodice* (Hrsg.): *World Handbook of Political and Social Indicators*, 3. Aufl., Bd. 1. New Haven, London: Yale University Press 1983, S. 214 ff., Tab. 6.3, 6.6.
- 22 Vgl. *J. Fourastié*, a.a.O., S. 119 ff., bes. S. 127 ff.
- 23 Vgl. ebda., S. 241 ff.
- 24 Vgl. zur langfristigen Entwicklung der Schüler- und Studentenzahlen in der Bundesrepublik *O. W. Gabriel: „Gesellschaftliche Modernisierung, politische Beteiligung und kommunale Demokratie. Strukturen, Bedingungen und Folgen bürgerschaftlicher Beteiligung an der kommunalen und*

- nationalen Politik“. In: *ders.* (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. München: Minerva Publikation München 1983, S. 57–103, S. 75, Tab. 1-1 (im folgenden zitiert als „Modernisierung“) sowie die ausführliche Beschreibung der Entwicklung von Bildung von Forschung in: Gesellschaftliche Daten, a.a.O., S. 55 ff.; Datenreport, a.a.O., S. 61 ff.
- 25 Vgl. die internationalen Vergleichsdaten bei *C. L. Taylor, D. A. Jodice*, a.a.O., S. 28 ff., S. 166 ff.
- 26 Vgl. die Kritik am deutschen Bildungssystem der fünfziger und sechziger Jahre bei *R. Dahrendorf*: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, TB-Ausgabe. München: Deutscher Taschenbuchverlag 1971, S. 79 ff., S. 327 ff.
- 27 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. 42; ausführlich beschäftigen sich mit den kulturellen Aspekten des Übergangs zur postindustriellen Gesellschaft *R. Inglehart*: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton, N. J.: Princeton University Press 1977 (im folgenden zitiert als „Silent Revolution“); *H. Klages, W. Herbert*: Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M., New York: Campus 1983. *H. Klages*: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt a. M., New York: Campus 1984.
- 28 Vgl. *T. Parsons*: „On the Concept of Value Commitments“. In: *ders.*: Politics and Social Structure. New York, London: The Free Press, Collier Mc Millan 1969. S. 439–472, S. 441.
- 29 Vgl. *S. M. Lipset*: Political Man. The Social Bases of Politics. Baltimore: John Hopkins University Press 1981, S. 524 ff. mit zahlreichen weiteren Literaturangaben.
- 30 *D. Bell*, a.a.O., S. 37, ausführlich S. 475 ff., vgl. auch *E. Noelle-Neumann*: Werden wir alle Proletarier? Wertwandel in unserer Gesellschaft. Zürich, Osnabrück: Edition Interform, Fromm 1978, S. 20 f.; dort zahlreiche empirische Daten; *P. Kmieciak*: Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten. Göttingen: Schwartz 1976, bes. S. 309 ff., S. 331 ff., S. 358 ff. *H. Kahn, A. J. Wiener*, a.a.O., S. 40, S. 53 ff., S. 178 ff.; deutliche Einschränkungen an dieser Beschreibung nehmen dagegen vor *H. Pross*: Was ist heute deutsch? Wertorientierungen in der Bundesrepublik. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1982, bes. S. 90 ff.; *H. H. Noll*: „Erwerbstätigkeit und Qualität des Arbeitslebens“. In: *W. Glatzer, W. Zapf* (Hrsg.): Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a. M., New York: Campus 1984, S. 97–123.
- 31 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. XXI, S. 75 f.; sowie *H. Pross*, a.a.O., S. 90 ff.
- 32 *D. Bell*, a.a.O., S. 12; vgl. auch: S. 36 ff., S. 114 ff., S. 376 ff., S. 475 ff.; auf die überragende Bedeutung des Wertes „Selbstbestimmung“ im Kultursystem der postindustriellen Gesellschaft verweisen auch *S. P. Huntington*: „Postindustrial Politics: How Benign Will It Be?“ In: Comparative Politics 6 (1974) 2, S. 163–191, bes. S. 172 ff.; *P. Kmieciak*, a.a.O., S. 240, 440 ff.; *R. Inglehart*: „Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten“. In: *H. Klages, P. Kmieciak* (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt a. M., New York: Campus, S. 279–316, S. 282 ff. (im folgenden zitiert als „Wertwandel“); *W. Glatzer, W. Zapf*: „Lebensqualität in der Bundesrepublik“. In: *dies.*, a.a.O., S. 391–401, S. 398, S. 400.
- 33 *R. Inglehart*: Silent Revolution, a.a.O., S. 3; zur genauen Beschreibung materialistischer und postmaterialistischer Wertorientierungen und zur Erklärung des Wertwandels vgl. ebda., S. 21 ff., S. 73 ff. sowie *ders.*: Wertwandel, a.a.O., S. 279 ff.; *ders.*: „Value Priorities and Socioeconomic Change“. In: *S. H. Barnes, H. Kaase u. a.*: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, London: Sage 1979, S. 305–342.
- 34 *Inglehart* räumt allerdings ein, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eingetretene Wirtschaftskrise könne den materialistischen Sicherheits- und Erhaltungszielen wieder eine größere Bedeutung verschaffen; vgl. *R. Inglehart*: „Post-Materialism in an Environment of Insecurity“. In: APSR, 75 (1981) 4, S. 880–890.
- 35 Zur Beschreibung des Meßverfahrens vgl. *R. Inglehart*: Wertwandel, a.a.O., S. 284 ff.
- 36 *R. Inglehart*: „Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in

- westlichen Gesellschaften“. In: PVS, 24 (1983) 2, S. 139–165, S. 164 (im folgenden zitiert als „Trennungslinien“).
- 36a Vgl. ausführlich *O. W. Gabriel*: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Theorie und empirischen Analyse politischer Orientierungsmuster in der Bundesrepublik der siebziger Jahre; Habilitationsschrift (Fachbereich Sozialwissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz) 1983. Eine überarbeitete Fassung erscheint 1985 beim Westdeutschen Verlag, Opladen (im folgenden zitiert als „Politische Kultur“); sowie *H. M. Mohr, W. Glatzer*: „Werte, persönliche Konflikte und Unzufriedenheit“. In: *W. Glatzer, W. Zapf*, a.a.O., S. 221–233; bes. S. 222 ff.
- 37 Vgl. z. B. für die Bundesrepublik: *H. Klages, W. Herbert*, a.a.O., S. 37 ff.; *K. L. Baker, R. J. Dalton, K. Hildebrandt*: *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*. Cambridge, Mass., London: Harvard University Press 1981, S. 136 ff. *H. Klages*, a.a.O.
- 38 Wahlstudie 1983. Codebuch; Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln. Köln 1984 (ZA-Nr. 1276), Variable 85; vgl. auch: Wahlstudie 1980, Codebuch; Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln. Köln 1981 (ZA-Nr. 1053), Variable 232; sowie *D. P. Conradt*: „Changing German Political Culture“. In: *G. A. Almond, S. Verba* (Hrsg.): *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*. Boston, Toronto: Little Brown and Company 1980, S. 212–272, bes. S. 241 ff., Tab. VII.12.
- 39 Vgl. z. B. *D. Bell*, a.a.O., S. 408 ff.; *R. Inglehart*: *Silent Revolution*, a.a.O., S. 216 ff.; zur Beschreibung der Lebensphilosophie der Alternativen vgl. *B. Guggenberger*: „Von der Bürgerinitiativbewegung zur Umweltpartei“. In: *B. Guggenberger, U. Kempf* (Hrsg.): *Bürgerinitiativen und repräsentatives System*, 2. neubearbeitete und erweiterte Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 376–403, bes. S. 398 f.
- 40 Vgl. *D. P. Conradt*, a.a.O., *K. L. Baker, R. J. Dalton, K. Hildebrandt*, a.a.O., *H. Pross*, a.a.O., S. 106 ff.
- 41 Vgl. die Beschreibung des Wertsystems der Deutschen im Kaiserreich, bei *H. Pross*, a.a.O., S. 41 ff.
- 42 Vgl. dazu ausführlich: *D. Bell*, a.a.O., S. 339 ff.; *R. Inglehart*: *Trennungslinien*, a.a.O.; *J. K. Galbraith*: *Die moderne Industriegesellschaft*, TB-Ausgabe. München, Zürich: Droemer, Knaur 1970. S. 63 ff.
- 43 Vgl. *G. Braun*, a.a.O., S. 144 ff.
- 44 Vgl. *R. Dahrendorf*, a.a.O., S. 46 ff.
- 45 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. 269 ff.
- 46 Vgl. *J. K. Galbraith*, a.a.O., S. 282 ff., S. 368 ff.
- 47 Vgl. Datenreport, a.a.O., S. 198 ff., S. 208 ff. zum internationalen Vergleich: *C. L. Taylor, D. A. Jodice*, a.a.O., S. 5 ff., Tab. 1.1.
- 48 Vgl. *K. R. Allerbeck*: *Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sekundäranalyse von Umfragedaten 1953–1974*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1976, S. 36 f.
- 49 Vgl. *D. P. Conradt*, a.a.O., S. 238 ff.
- 50 Vgl. die instruktive Beschreibung bei *G. A. Almond, S. Verba*: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Taschenbuch-Ausgabe. Boston: Little, Brown and Company 1965, S. 312.
- 51 Vgl. *O. W. Gabriel*: *Modernisierung*, a.a.O., S. 64 f.; vgl. zum folgenden auch: Datenreport, a.a.O., S. 211 ff.; *R. Sehringer*: „Formen der politischen und sozialen Partizipation“. In: *W. Zapf* (Hrsg.): *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung*. Frankfurt a. M., New York: Campus 1977, S. 843–932; sowie *H. M. Mohr*: „Politische und soziale Beteiligung“. In: *W. Zapf, W. Glatzer*, a.a.O., S. 157–173.
- 52 *M. Kaase*: „Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?“ In: *J. Raschke* (Hrsg.): *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 173–189, S. 177 (im folgenden zitiert als „Revolution“).

- 53 Belege bei *O. W. Gabriel*: „Von der Ein-Punkt-Aktion zur sozialen Bewegung? Bürgerinitiativen in der Kommunalpolitik“. In: *ders.* (Hrsg.), a.a.O., S. 271–304, S. 271 ff.
- 54 *M. Kaase*, *Revolution*, a.a.O., S. 181.
- 55 Vgl. ebda.
- 56 Vgl. *D. Bell*, a.a.O., S. 12; vgl. auch: *S. P. Huntington*, a.a.O., S. 172 ff., sowie: *S. H. Barnes, M. Kaase*: „Introduction“. In: *dies. u. a.*, a.a.O., S. 13–26, bes. S. 15; *A. Touraine*, a.a.O., S. 11 ff., der sich allerdings kritisch zur „gelenkten“ Partizipation äußert.
- 57 Vgl. *M. Kaase, A. Marsh*: „Distribution of Political Action“. In: *S. H. Barnes, M. Kaase u. a.*, a.a.O., S. 167–201; vgl. auch *H. M. Mohr*, a.a.O., S. 159 ff.
- 58 Vgl. *R. Inglehart*: Wertwandel, a.a.O., S. 301 ff.; sowie *ders.*: „Political Action. The Impact of Values, Cognitive Level and Social Background“. In: *S. H. Barnes, M. Kaase u. a.*, a.a.O., S. 343–380, bes. S. 358 ff.; *H. Klages, W. Herbert*, a.a.O., S. 45 ff., bes. S. 53 ff.
- 59 Vgl. *M. Kaase, S. H. Barnes*: „In Conclusion: The Future of Political Protest in Western Democracies“. In: *S. H. Barnes, M. Kaase u. a.*, a.a.O., S. 523–536, bes. S. 524 ff.